



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24821 - 23
Fernschreiber 0586990

P/XIII/92 - 23. April 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Der BBC und die Demokratie Diffamierung der deutschen Opposition	52
2	"Siedlervater" Nikolaus Ehlen gegen den Atomtod	11
3 - 4	Zehn Jahre Israel Aus der Wüste entstand ein neuer Staat	77
5 - 6	Begegnung mit Wikojan Aus dem Buch "Wiederssehen mit Moskau" von Louis Fischer	96
7	Professor Hagemann - ein zu unbequemer Kritiker CDU kann keine Wahrheiten vertragen	50

* * * * *
* * * * *

Der B B C und die Demokratie

W.K. Die Rolle gewisser Sender, die sich im Namen der sogenannten Freien Welt in den lauwarmer Krieg gegen die sogenannten Volkdemokratien gestürzt haben, ist bekannt; und die auf deutschem Boden funktionierende Station Radio Free Europe hat sich ja auch schon recht zweifelhafte Lorbeeren in diesem Wellerkrieg erwerben können.

Aber auch in Grossbritannien ist man nicht untätig, und der BBC (British Broadcasting Company) bemüht sich in abendlichen Sendungen, die Deutschen in der Sowjetzone zum mehr oder weniger passiven Widerstand aufzufordern. Jeden Abend gibt ein Sprecher dieses Senders mit gut gelerntem englischen Akzent den Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs Auskunft über das Zeitgeschehen und spendet ihnen, auf seine Art, Trost und Kraft zum Ausharren.

Am Freitag, dem 18. April, hatte sich nun dieser Sprecher, sei es, um die Anwesenheit des westdeutschen Regierungschefs in London besonders zu würdigen, sei es, um das britische Verlangen nach Weiterzahlung der Stationierungskosten zu rechtfertigen, etwas ganz besonderes ausgedacht.

Er verlas nämlich den Brief eines jungen Deutschen aus der sogenannten DDR, der in bitteren Worten seiner "tiefen Beschämung über das traurige Schauspiel im westdeutschen Parlament" anlässlich der letzten Atomdebatte Ausdruck gab, Beschämung darüber natürlich, dass es in der Bundesrepublik tatsächlich Menschen gibt, die die Ausrottung des Kommunismus mit Atombomben nicht für das geeignete Mittel halten, den Weltfrieden wieder herzustellen.

Nun lässt sich vor einem Londoner Mikrophon ein anonymer Brief leicht vorlesen, auch wenn er nicht in der Sowjetzone, sondern in London geschrieben wurde. Weder seine Echtheit, noch das Gegenteil lassen sich ja beweisen. Und Mikrophone sind geduldig. Sie schlucken alles. Sie schlucken sogar die kühnsten Behauptungen, vorausgesetzt, dass nur einer davorsteht. Sie werden es so lange tun, als es noch keine Rundfunkempfänger gibt, die dem bis dato wehrlosen Hörer eine Replik gestatten. Und so schluckte das Londoner Mikrophon auch die Antwort des Speakers auf den angeblichen Hörerbrief aus irgendwo in der Sowjetzone. "Nun, das ist nun mal eines der Kennzeichen der wahr-

ren Demokratie, dass man sich manchmal auch solches idiotische Geschwätz anhören muss, ohne etwas dagegen zu tun..."

Thank you, Mister Sowieso vom britischen Rundfunk. Nun wissen wir es endlich, was eine wahre Demokratie ist. Die ernstesten Argumente verantwortungsvoller Männer und Frauen, die sich gegen den organisierten Massenselbstmord erheben, sind idiotisches Geschwätz. In einer Demokratie, wie der Herr aus London sie sich vorstellt - und nicht nur er - hat nur die Regierungspartei recht, weil sie ja von der Mehrheit gewählt ist. Nur scheint man jenseits und diesseits des Kanals etwas zu vergessen, dass nämlich auch 1933 die Mehrheit des Volkes einer Partei ihre Stimme gegeben hatte, die sich, einmal an der Macht, ebenso unbekümmert über die Meinung dieses gleichen Volkes hinwegsetzte, wie es die heutige Regierungspartei tun möchte.

Glaubt man in London wirklich, mit derart üblen Methoden der Diffamierung zur deutschen Wiedervereinigung beitragen zu können? Zur deutschen "Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit", die man periodisch als oberstes Ziel der westlichen Politik zu proklamieren beliebt?

+ + +

"Siedlervater" Nikolaus Ehlen gegen Atomtod

Der bekannte, mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnete Experte für Siedlungsfragen, der katholische Studienrat Nikolaus Ehlen in Velbert, wendet sich in seinen "Lotsenrufen" vom April 1958 gegen den Beschluss der "christlichen" Bundestagsmehrheit, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten. Er schreibt u.a.:

"Fragt euch, ob die Menschen nicht wahnsinnig geworden sind und ob ihr diesem Wahnsinn auch ausliefern wollt!"

Ehlen führt den Beschluss der "christlichen" Mehrheit darauf zurück, dass sich die Christenheit seit Kaiser Konstantin "von innen nach aussen gewandt" habe, "und so wurde gar zu sehr ihre Stärke nicht mehr Christus, sondern die Welt."

+ + +

Zehn Jahre Israel

ID. Zehn Jahre sind vergangen seit der Gründung des Staates Israel, des Staates, den Theodor Herzl, der Begründer des modernen Zionismus, Ende des letzten Jahrhunderts in utopischen Träumen "Altneuland" nannte. Und Altneuland wurde ein Staat, in dem Menschen wohnen, die erst in der Heimat ihrer Urväter Frieden vor Verfolgung und Verachtung fanden. Allerdings, heute, zehn Jahre nach der Staatsgründung, gibt es den Frieden noch nicht für dieses kleine Land, dem Ben Gurion, über zehn Jahre sein Ministerpräsident, wünschte, dass wenigstens die Feiern zu diesem bedeutsamen Jahrestag ungestört sein mögen von den immer wiederkehrenden blutigen Zwischenfällen.

Die Vereinten Nationen, die 1948 diesem Staat das Recht der Existenz zusprachen, schützen ihn noch längst nicht in ausreichender Weise vor zerstörerischen Angriffen, vor todbringenden Übergriffen seiner Nachbarn. Die arabischen Staaten sparen nicht mit wilden Drohungen und mit physischer Bedrohung des jungen Staates. Aber während die arabischen Volksmassen in unvorstellbarer Armut leben, weder sozialen Schutz noch die Segnungen eines demokratischen Regimes kennen, Unwissenheit und Unterdrückung ihr Los ist, wuchs neben ihnen "Altneuland" heran, ein Land aus der Wüste erstanden, ein Staat der neuen Ideen.

Israels Menschen haben allen geologischen Feststellungen zum Trotz in unermüdlicher harter Arbeit aus Wüsten sand fruchtbares Land gemacht. Wo sich einst Meilen von braunem Sand hinzogen, stehen heute Orangenhaine, Obst- und Baumwollplantagen, die Israels wertvolle Exportware bergen. Koch heute besteht Israel zu 60 % aus Wüste, die man bereits für die nächste Million der Einwanderer als Siedlungsgeland auserkoren hat. Längst gehören die Sümpfe, in denen die Malaria-Fliege unumschränkt herrschte, Erzählungen an, die man in die Geschichte des jüdischen Volkes aufgenommen hat. Sümpfe und Wüsten, Gestein und Gestrüpp, Öde - das machte Israel aus, bevor der jüdische Arbeiter das Land von Grund auf wandelte. Es sah so aus wie der grösste Teil der arabischen Welt von heute.

Nicht nur in der Kultivierung des Bodens könnte Israel seinen Nachbarn Vorbild und Lehrer sein. In Israel sind zur besseren Nutzung der vorhandenen Güter Wirtschaftsformen entwickelt worden, die ebenfalls der Struktur eines aufbauenden Landes entsprechen. Während in den arabischen Staaten Feudalherren ihre Völker zur Arbeit, zum Profit für

23. April 1958

Die eigene Tasche antreiben, schuf das israelische Volk in Gemeinschaft am Aufbau seines Landes. Gemeinschaftssiedlungen, die Kibbuzim, wurden eine der Grundlagen des gemeinsamen Werkes. Mehr als 400 Siedlungen mit einer Bewohnerzahl von über 250 000 Menschen - neben den vollgenossenschaftlichen sind auch halb- und viertelgenossenschaftliche Siedlungen entstanden - sind seit 1948 gegründet worden. Der Ursprung dieser Wirtschaftsweise liegt über dreissig Jahre zurück, als der einzelne Siedler sich allein nicht behaupten konnte gegen die Unbilden des Klimas und der Wüste. So wurden diese Siedlungen, die über 70 % der Nahrungsmittel des Landes erzeugen, zur Grundlage der konzentrierten Kraft der Wirtschaft Israels, die alle arabischen Staaten entbehren.

Auch auf dem industriellen Sektor entwickelte sich die grosse machtvolle Gewerkschaft Israels auf der Erkenntnis der Arbeiterschaft, dass der einzelnen Kraft keine Macht darstellt. Heute ist die Histadruth aber nicht mehr nur eine Interessengemeinschaft. Sie ist der Träger einer grossen Zahl von neuen Industrien geworden, denn nur sie allein verfügt über die finanziellen Mittel, auch ein Risiko einzugehen. Ihre Mitglieder sind damit direkte und indirekte Mitarbeiter an der eigenen Sache geworden. Der arabische Arbeiter aber ist immer noch der Ausgebeutete einer kleinen Schicht, die ihre Interessen vor die ihres Landes stellt.

Nur wenige europäische Länder können es mit dem vorbildlichen System der Sozialversicherung in Israel aufnehmen. Auch sie ist ein Kind der Gewerkschaften, die die Gefahren erkannten, die der Gesundheit der Neuzuwanderer aus Europa in Israel drohten. Es ist nicht von ungefähr, dass dieses Land mit seinen vorbildlichen Polikliniken, Kranken- und Kinderhäusern die geringste Kindersterblichkeit Asiens zu verzeichnen hat.

Israels grösste Leistung aber scheint die Absorbierung von 1,2 Millionen Einwanderern aus 80 Ländern der Erde in den letzten zehn Jahren zu sein. 650 000 Köpfe zählte 1948 der neu gegründete Staat, heute sind es 1,8 Millionen. Dabei liegt heute der Anteil der Juden aus den arabischen Staaten bei über 65 % der Gesamtbevölkerung Israels. Sie kamen, vertrieben aus ihrer Heimat, nicht vertraut mit europäischen Einrichtungen, die sie in Israel vorfanden. Sie wurden in wenigen Jahren zu wertvollen Bürgern und Mitarbeitern des Staates.

Neue Lebensformen sind in Israel in den wenigen Jahren in harter Arbeit entwickelt worden. Neue Lebensformen brauchen auch die arabischen Staaten, die noch in anachronistischen, haltlos überholten Traditionen verharren.

Begegnung mit Mikojan

Zum Besuch des Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion, Anastas I. Mikojan, veröffentlichen wir auszugsweise eine Unterhaltung, die der amerikanische Schriftsteller Louis Fischer 1956 mit Mikojan geführt hatte. Fischer lebte von 1920 bis 1936 in Moskau. Da er sich die unversöhnliche Feindschaft Stalins zugezogen hatte, konnte er erst nach dem Tode des Diktators und seiner nachträglichen Entthronung auf dem XX. Parteitag der KPdSU wieder einen Blick hinter den Eisernen Vorhang werfen. Seine Eindrücke legte er in dem Buch "Wiedersehen mit Moskau" nieder (Europäische Verlagsanstalt GmbH., Frankfurt/K), dem der nachstehende Auszug entnommen ist.

"Heute morgen sprach ich mit einem jungen Kommunisten, der behauptete, Stalin zu lieben. Wie ist es möglich, einen Mann zu lieben, der soviel Grauen über sein Land gebracht hat?"

Mikojan: "Ja, viele lieben ihn noch. Er hat viel für das Land getan. Es wird einige Zeit brauchen, um diese Einstellung zu ändern."

"Warum veröffentlichen Sie Chruschtschews Rede nicht?"

Mikojan: "Es ist noch zu früh. Aber Hunderttausende haben sie gelesen."

"Die Rede ging nicht weit genug. Glauben Sie wirklich, dass Bucharin ein Schädling und Spion war?"

Mikojan: "Nein, das glaube ich nicht."

"Sie gehören doch zu denen, die regelmässig mit Stalin zu Abend essen." (Stalin versammelte in seiner Wohnung im Krenl oft eine Gruppe von Kaukasiern, zu der Mikojan, Serge Ordshonikidse, Mitglied des Politbüros, und Leo Karachan, Sekretär der Sowjetregierung und stellvertretender Kommissar für Auswärtiges, gehörten, zu einem mitternächtlichen Mahl um sich.)

Mikojan: "Ich habe nicht nur mit ihm zu Abend gegessen. Damals stand ich ihm sehr nahe. Aber hin und wieder sagte ich bei den Sitzungen des Politbüros meine Meinung, und damit endete unsere Freundschaft. Wieviele Menschen habe ich selbst vor der Hinrichtung gerettet!"

"Auch Jerukidse hat viele gerettet und wurde dann selbst erschossen. Ich kannte Karachan und mochte ihn gern. Er wurde auch erschossen."

Mikojan: "Ja."

"Wussten Sie nicht, dass das geschah? Wussten Sie nicht, dass Menschen geschlagen und gefoltert wurden?"

Mikojan: "Bucharin und die anderen Angeklagten in dem Moskauer Prozess wurden nicht gefoltert."

"Aber Tausende anderer."

Mikojan: "Das wussten wir nicht. Wir erfuhren es erst später. Stalin tat sehr vieles ohne unser Wissen."

"Das ist schwer zu begreifen. Die Ausländer in Moskau wussten es. Und diese Vorfälle vervielfachten sich nach 1934. Es war, glaube ich, 1935, als die ersten Kommunisten hingerichtet wurden."

Mikojan: "Ja, das ist richtig. Aber veratehen Sie, Stalin hielt uns in der Hand. Uns war nur ein Weg offen - Ordshonikidse ging ihn; er beging Selbstmord. Ich stand vor der gleichen Entscheidung. Und vor Stalins Tod war ich an der Reihe, beseitigt zu werden. Jetzt haben wir das alles geändert. Aber im Westen werden wir für das angegriffen, was wir

in diesen Jahren nicht getan haben", schloss er erbittert. "Jetzt wollen wir in Ruhe gelassen werden, um aufzubauen", fuhr Mikojan fort.

Ich sprach meine Überzeugung aus, dass ein grosser Krieg zwischen Russland und den Westmächten sehr unwahrscheinlich sei. Die grossen Bomben seien unser Sicherheitspakt.

Mikojan: "Ich stimme damit überein, dass die Atom- und Wasserstoffbomben abschreckend wirken. Unser Volk wünscht bestimmt keinen Krieg."

"Auch das amerikanische Volk nicht."

Mikojan: "Noch die amerikanischen Intellektuellen."

"Und glauben Sie, dass Eisenhower Krieg wünscht?"

Mikojan: "Nein, wir haben eine gute Meinung von ihm. Aber es gibt Kriegstreiber. Sehen Sie sich nur Suez an. Der Westen hat eine Hottentottenmoral. Die Dardanellen werden von einem Staat kontrolliert, Panama wird von einem Staat kontrolliert, der Nordostsee-Kanal ebenfalls. Aber Suez wollen sie internationalisieren. Das nenne ich eine Hottentottenmoral."

"In Potsdam schlug Truman 1945 Stalin die Internationalisierung all dieser Wasserstrassen vor."

Mikojan: "Würde Amerika der Internationalisierung Panamas zustimmen?"

"Warum schlagen Sie es nicht vor?"

Mikojan: "Würden Sie chinesische Schiffe durchlassen?"

"Das weiss ich nicht."

Mikojan: "Internationalismus ist nur ein Deckmantel für Imperialismus, ein Komplott, um die kleinen Völker zu unterdrücken."

"Das glaube ich nicht. Der Nationalismus hat sich überlebt. Wir müssen unsere nationale Souveränität einschränken und die praktischen Funktionen internationaler Organisationen erweitern."

Mikojan: "Dem werden wir nie zustimmen. Sehen Sie sich doch an, wie die grossen Mächte Ägypten behandeln."...

"Es liegt doch daran, dass der Suezkanal als Verkehrsweg für den Welthandel von einzigartiger Bedeutung ist und bei einem Mann wie Nasser nicht die Gewähr besteht, dass er den Kanal offen hält. Nasser hat den israelischen Schiffen die Durchfahrt versperrt. Er könnte sie auch anderen verweigern."

Mikojan: "Ja, aber warum hat der Westen nicht dagegen protestiert, als Nasser den israelischen Schiffen die Durchfahrt verweigerte?"

"Damit haben Sie recht." (Erst als ich nach Hause kam, fiel mir ein, dass ich darauf hätte fragen sollen: "Warum hat denn die Sowjetunion nicht dagegen protestiert?")...

"Sie sind in der letzten Zeit viel gereist", bemerkte ich. "Nach Asien und vor allen Dingen in Indien."

Mikojan: "Ja, Indien. Was für ein fleissiges und intelligentes Volk! Wir glauben an seine Zukunft. Ich bin auch Asiate."

Ich glaubte, ihn lange genug in Anspruch genommen zu haben und verabschiedete mich. Als ich ihn verliess, forderte er mich auf, ihm alles zu schicken, was ich über die Sowjetunion schreiben würde.

Professor Hagemann - ein zu unbequemer Kritiker

an - Was schon lange zu erwarten war, ist jetzt eingetreten. Prof. Hagemann, der Leiter des Zeitungswissenschaftlichen Instituts an der Universität Münster, wurde von einem eiligst einberufenen Ehrengericht des CDU-Kreisverbandes Münster aus der CDU ausgestossen, ohne dass Prof. Hagemann Gelegenheit erhielt, wie es die Parteisatzung vorschreibt, ausreichend die Gründe für seine derzeitige politische Haltung darzulegen. Sein Einspruch gegen dieses völlig undemokratische Verfahren dürfte wirkungslos bleiben, denn mächtige Einflüsse innerhalb der CDU drängten schon lange darauf, einen Mann aus ihren Reihen zu entfernen, der das bewies, was in der Bundesrepublik bitter nottut: den Mut zur politischen Konsequenz. Dieser ist in der Kanzlerpartei heute nicht gefragt.

Der im 58. Lebensjahr stehende Prof. Hagemann ist ein religiöser Mann, ein überzeugter Katholik. Wie so viele andere aus den Reihen der ehemaligen Zentrumspartei war er führend an der Gründung der CDU beteiligt. Gerade diese tief verankerte religiöse Überzeugung brachte ihn in den letzten Monaten in Konflikt mit der Partei des Bundeskanzlers, die sich der Atombombenpolitik verschworen hat. Nach seinen eigenen Worten erhielt er beim Aufruf der 18 Göttinger Professoren den ersten Anstoss, sein Schweigen zu brechen, es wurde ihm seit jenem Augenblick klar, dass für das deutsche Volk "eine tödliche Gefahr aufstieg, und dass auch die Akademiker die Gewissenspflicht haben, öffentlich Stellung zu nehmen". Dies hat Hagemann für seine Person seitdem in vielen Reden und Interviews getan. Er bejahte auch den von der Opposition in die öffentliche Diskussion hingeworfenen Gedanken einer Volksbefragung, schon um damit den Mangel an politischer Aktivität in unserem Volke zu beheben, das nur allzu sehr bereit ist, Entscheidungen hinzunehmen, die uns "von oben oder aussen her aufgezwungen werden". In einem Interview mit der "Westfälischen Rundschau" vom 18. April umriss er seinen Standpunkt:

"Es wird davon abhängen, ob das deutsche Volk und insbesondere seine berufenen Sprecher heute mehr Zivilcourage besitzen als in der Vergangenheit. Auch in der CDU, der ich angehöre, gibt es abweichende Meinungen, wie Äusserungen prominenter Persönlichkeiten in den vergangenen Wochen gezeigt haben. Aber es fehlte ihnen an der notwendigen Zivilcourage, diese Auffassungen auch gegenüber dem Parteiführer und Regierungschef aufrechtzuerhalten. Wer nicht bereit ist, um einer lebenswichtigen Frage willen auch ernste persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen, der verscherzt den Anspruch, öffentlich Verantwortung zu tragen. Das gilt auch für einige meiner Kollegen, die gleichfalls entschiedene Gegner des atomaren Wahnsinns sind, aber sich aus akademischer Tradition oder aus falscher Rücksichtnahme scheuen, ihre Meinung öffentlich kundzugeben."

Eine solche Haltung, geboren aus einem starken Verantwortungsgefühl und getragen von einem hohen sittlichen Pathos, nennt die CDU "partei-schädigend", dafür gibt es in ihren Reihen kein Betätigungsfeld. Der Ausschluss Hagemanns ist mehr als ein Symptom, er kennzeichnet die Unruhe und die Unsicherheit, die die Atombombenpolitik der Regierung selbst innerhalb der CDU ausgelöst hat. Was an ihr einst christlich war, muss weichen vor einem Macht- und Grössenwahn, wie er sich am deutlichsten in den Auslassungen unseres Bundesverteidigungsministers offenbart.